

## Berliner Erklärung vom 5. November 2015

### **Keine prekäre Arbeit und tariffreie Bereiche im Verantwortungsbereich des Landes Berlin!**

Wir, die Versammelten am 5.11.2015, prekär Beschäftigte und Gewerkschafter, darunter ehren- und hauptamtliche Verantwortliche aus Vorständen, Gremien und Betriebsgruppen, Vertrauensleute sowie Betriebs- und Personalräte, erklären:

#### **Es muss Schluss sein in Berlin**

- **mit von Seiten des Landes organisierter prekärer, entrechteter Beschäftigung,**
- **mit der Auslagerung von ganzen Arbeitsbereichen mit den Folgen mangelnder tarifvertraglicher Regelungen und Schutzbestimmungen,**
- **mit einer Politik des Kaputtsparens, deren Ergebnis Ausgliederungen, Lohndumping und Tariffucht sind.**

Prekäre Beschäftigung trifft immer alle Beschäftigte eines Unternehmens oder einer Einrichtung, wenn Bereiche mit befristeten oder Teilzeit-Arbeitsplätzen statt Normalarbeitsverhältnissen entstehen und sich verfestigen, wenn tarifvertragsfreie Zonen mit Entgeltverträgen statt Tarifverträgen geschaffen werden, wenn Teilbereiche in Tochterunternehmen oder durch Fremdvergabe ausgegliedert werden, wenn Daueraufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge an Honorarkräfte übertragen werden. Das Ergebnis sind ungleiche Entlohnung, Flexibilisierung der Arbeitszeiten, extreme Arbeitsbelastung. Der Weg in die Altersarmut ist vorprogrammiert, auch nach einem 45-jährigen Arbeitsleben. Gewerkschaftliche Strukturen werden zerrissen oder können gar nicht erst entstehen, Belegschaften gespalten, Betriebs- und Personalräte geschwächt. Lohndumping ist das Ziel. Tarifverträge werden zum Flickenteppich.

**Wir fordern den Senat, die Mitglieder des Abgeordnetenhauses, die Berliner Bezirksbürgermeister und die Bezirksverordneten, alle, die sich auf die Interessen der arbeitenden Bevölkerung berufen, auf: Ergreift die politische Initiative gegen jede Form der Ausgliederung, gegen Lohndumping und Tariffucht.**

- **Stoppt die Schaffung weiterer prekärer, entrechteter Beschäftigung,**
- **setzt den Befristungen ein Ende, schafft Stellen für Honorarkräfte in Daueraufgaben,**
- **sorgt für die Aufhebung der tarifvertragsfreien Zonen.**

#### **Angesichts der Tausenden von Flüchtlingen erklären wir:**

Die Flüchtlinge kommen in eine Stadt, deren soziale Infrastruktur (Verwaltung, Schulen, Krankenhäuser usw.) kaputtgespart wurde. Sie kommen in eine Stadt, die als Hauptstadt prekärer Beschäftigung bekannt ist. Um Fremdenhass und einem Gegeneinander-Ausspielen von Flüchtlingen und heimischer Bevölkerung zu begegnen, muss für ausreichend Personal in der Verwaltung und in den Bezirksämtern gesorgt werden und es müssen ausreichend Lehrer, Kita-Erzieher, Sozialarbeiter, Sprachdozenten, Ärzte und Pflegepersonal eingestellt werden.

Wir werden nicht akzeptieren, dass Flüchtlinge als Billigjobber instrumentalisiert werden, um den Druck auf die Löhne und die Tarifverträge noch weiter zu erhöhen und um als Reservearmee die Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse noch weiter zu befördern. Der Kampf mit unseren Gewerkschaften, für die Aufhebung prekärer Arbeit und gegen das Lohndumping ist der Kampf für das Recht auf einen tarifvertraglich und gesetzlich geschützten Arbeitsplatz für alle: Arbeitnehmer, Erwerbslose, Jugendliche – und für die Flüchtlinge.

#### **Der Kampf gegen prekäre Arbeit ist Aufgabe der gesamten gewerkschaftlichen Organisation**

Wir bekennen uns zum gewerkschaftlichen Grundsatz „Ein Betrieb – ein Tarifvertrag“ im Sinne von Flächentarifverträgen, die den Wettbewerb in einer Branche über Löhne und Arbeitsbedingungen abschließen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, das ist das Prinzip der Gewerkschaft.

In diesem Sinne sehen wir in der gewerkschaftlichen Organisierung des Kampfes für die Aufhebung prekärer Arbeit den Auftrag von ver.di, d.h. der Mitglieder der Tarifkommissionen, der Gewerkschaftssekretäre, der Bezirks- und Fachbereichsvorstände und aller gewerkschaftlich Organisierten.

Dieser Kampf beginnt damit, dass die Gewerkschaften den Kampf gegen jede Form der Tarifflicht und Untergrabung der Tarifverträge aufnehmen, auch dort wo dies durch Ausgründung, Ausgliederung oder Privatisierung, durch Leiharbeit oder Werk- und Dienstverträge stattfindet. Zur Verteidigung unserer Tarifverträge gegen Tarifflicht brauchen wir unser **uneingeschränktes Streikrecht**.

\* \* \* \* \*

Wir beschließen die

**Bildung eines gewerkschaftlichen Aktionsausschusses: Keine prekäre Arbeit und tariffreie Bereiche im Verantwortungsbereich des Landes Berlin!**

Wir treten dafür ein, dass in diesem gewerkschaftlichen Aktionsausschuss Vertreterinnen und Vertreter der Betriebe und Einrichtungen, Betriebsgruppen, Mitglieder von Tarifkommissionen, Verantwortliche der Fachbereiche und der Vorstandsgremien von ver.di und GEW ihren Platz einnehmen.<sup>\*)</sup>

**Der gewerkschaftliche Aktionsausschuss soll dazu beitragen,**

- dass überall, wo es Formen prekärer und tariffreier Arbeit gibt, gewerkschaftliche Strukturen entstehen können bzw. gestärkt werden,
- dass ein regelmäßiger Austausch von Informationen über die verschiedenen Aktivitäten des Kampfes gegen ungesicherte und tariflose Arbeitsverhältnisse stattfindet,
- dass eine gegenseitige Unterstützung solidarischer gewerkschaftlicher Aktionen organisiert wird,
- dass Kampagnen in Richtung der politischen Parteien, ihrer Mandatsträger und Parteitagsdelegierten, stattfinden,
- dass das Terrain der Abgeordnetenhaus-Wahlen genutzt wird, um unsere Forderungen zum Thema zu machen,
- dass Veranstaltungen und Delegationen (z.B. zu den Abgeordnetenhaus-Fraktionen) geplant werden, um die Vertreter der Parteien mit den Positionen der Kolleginnen und Kollegen und ihrer Gewerkschaften zu konfrontieren.

**Konkret schlagen wir vor,**

- dass am 14. November 2015 anlässlich des SPD Landesparteitags eine Kundgebung vor dem Parteitag stattfindet, um die Delegierten über unsere Forderungen und Aktionen zu informieren.
- dass ver.di, gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen aus den Ämtern, Schulen, Krankenhäusern usw. eine Demonstration/Kundgebung organisiert gegen die Kaputtsparpolitik, für das Recht für alle auf Öffentliche Daseinsvorsorge, vollständig finanziert aus dem öffentlichen Haushalt, und auf einen tarifvertraglich geschützten, sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz. Das sollte verbunden werden mit der Anmeldung einer Delegation zum Regierenden Bürgermeister Michael Müller sowie zu den Fraktionen im Abgeordnetenhaus. Die anderen Gewerkschaften, insbesondere die GEW, sind aufgefordert, sich diesem Vorschlag anzuschließen. Wir wenden uns (zum Beispiel über die AG Migration) an Sprecher/Vertreter der Flüchtlinge, sich in diese Aktivitäten zu integrieren.
- dass wir auf der geplanten DGB-Konferenz gegen prekäre Beschäftigung Anfang nächsten Jahres über unsere Diskussion informieren.

\*) Terminvorschlag für ein erstes Treffen des gewerkschaftlichen Aktionsausschusses: 23. November 2015, 19.00 Uhr.